

INHALT:

Stellungnahme

Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Xenia Schmidt-Esse

zu den

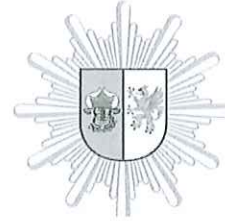
**Orientierungsfragen an die Sachverständigen zur Anhörung der
34. Enquete-Kommissionssitzung am 24.01.2025**

zum Themencluster 3

„Gesundes und sicheres Aufwachsen“

zum Thema „Gewalt und Extremismus“

**Landeskriminalamt
Mecklenburg-Vorpommern
Abteilung 6**



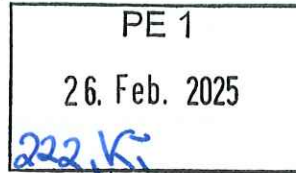
POLIZEI
Mecklenburg-
Vorpommern

Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern, Retgendorfer Straße 9, 19067 Rampe

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
PE 1 Enquete-Kommission
„Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“

bearbeitet von: Dr. Xenia Schmidt-Esse
Telefon: +49 3866 64- 6100
E-Mail: xenia.schmidt-esse@lka-mv.de

per Mail



Rampe, 20.02.2025

34. Sitzung Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ – Gewalt und Extremismus

Mit Bezug auf die genannte Sitzung und angelehnt an den Fragenkatalog der Kommission finden Sie im folgende meine Erläuterungen aus Sicht der polizeilichen Prävention.

- **Entwicklungen**, die wir aus polizeilicher Perspektive im Bereich Gewalt und Extremismus sehen und
- **Schlussfolgerungen**, die wir daraus für die polizeiliche Präventionsarbeit (eingebettet im gesamtgesellschaftlichen Kontext) ziehen.

Jugendgewalt im klassischen Sinne umfasst Delikte wie Körperverletzung, psychische Gewalt in Form von Bedrohung, Nötigung oder Erpressung. Im Hellfeld – also bei Betrachtung der polizeilichen Kriminalstatistik – zeigt sich eine Zunahme der Kinder- und Jugendkriminalität. Die seit 2010 rückläufige Tendenz stagnierte und schwankt leicht seit 2016, um nach einem Knick im Zeitraum der Corona Pandemie für die Jahre 2022/23 wieder eine deutliche Entwicklung nach oben zu nehmen. Grundsätzlich kann das nicht alleine mit einem Nachholeffekt im Nachgang der mit der Pandemie einhergehenden Beschränkungen gesehen werden und braucht insofern eine differenzierte Betrachtung, um die richtigen Schlüsse für erforderliche Maßnahmen zu ziehen. Folgende Erkenntnisse zeigen in verkürzter Form relevante Bereiche für die Entwicklung:

- Gewalt von Kindern und Jugendlichen richtet sich überwiegend gegen Kinder und Jugendliche. Statistisch zeigt sich: die prozentualen Anstiege sind deutlich stärker bei Fällen, bei denen mindestens ein Tatverdächtiger und auch mindestens ein Opfer minderjährig sind.
- Die Anzahl nichtdeutscher Kinder und Jugendlicher schwankt, wenn man einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren zu Grunde legt und ist insbesondere in 2022/23 gestiegen.

Hausanschrift:
LKA Mecklenburg-Vorpommern
Retgendorfer Straße 9
19067 Rampe

Postanschrift:
LKA Mecklenburg-Vorpommern
Retgendorfer Straße 9
19067 Rampe

Telefon: +49 3866 64 0
Telefax: +49 3866 64 9004
E-Mail: lka-mv@polmv.de
Internet: www.polizei.mvnet.de

Bei der Erklärung von Kriminalität, der aktuellen Entwicklung und bei genauer Betrachtung der ursächlichen Faktoren zeigt sich ein multikausales Bild, für das folgende Puzzleteile zu benennen sind.

Das **Anzeigeverhalten** spielt eine wesentliche Rolle. Es ist von einer Verschiebung vom sogenannten Dunkelfeld ins Hellfeld auszugehen. Es ist von einem veränderten Anzeigeverhalten von Schulen und Kindertageseinrichtungen auszugehen. Das mag liegen

- an fehlenden Ressourcen, um auf das delinquente Verhalten angemessen zu reagieren und auch bei niedrighwelligen Taten die Polizei hinzuzuziehen,
- an der Kooperation und engeren Vernetzung zwischen Polizei und Schule mit den entsprechenden Vorgaben zu Meldewegen oder
- an der höheren Sensibilität für Gewalt aufgrund insgesamt verstärkter Aufklärungs- und Informationsbemühungen unterschiedlicher Träger, u.a. auch Polizei.

Intervention ist ein ebenfalls bestimmender Faktor. Veränderte und intensivere polizeiliche Kontroll- und Strafverfolgungsmaßnahmen, mit beispielsweise vermehrten Tätigkeiten mit Bezug zum Internet, führen zu einer Zunahme der bekannt gewordenen Fälle und somit einer Erhellung des Dunkelfeldes. Hier spielen jugendtypische Entwicklungen mit rein: Jugendliche zeichnen deviantes Verhalten häufiger auf und leiten sie weiter, was die Aufklärung erleichtert.

Bei der Betrachtung der Zusammenhänge von **Migration** und der Entwicklung von Jugendgewalt wird deutlich, dass nicht die Herkunft oder Kultur der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausschlaggebend ist für die höhere Kriminalitätsbelastung, sondern die oftmals prekären Lebensbedingungen, die einhergehen können mit eigenen Gewalterfahrungen, mangelnder Integration oder sozioökonomischer Benachteiligung. Zudem ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund insgesamt gestiegen.

Als wesentlicher Erklärungsfaktor für die Kriminalitätsentwicklung zeigt sich im Bereich der **Werte** und **Normen** auch, dass unter Kindern und Jugendlichen mit Gewaltverhalten gekoppelte Männlichkeitsnormen und gewaltakzeptierende Einstellungen zugenommen haben.

In der Gesamtbewertung gilt es auszubalancieren zwischen der Tatsache, dass Grenzüberschreitungen in bestimmten Kontexten und in einem bestimmten Ausmaß sowie Risikoverhalten zur normalen Entwicklung bei jungen Menschen gehören und gleichzeitig aber

zu erkennen, in welchen Deliktsbereichen die Entwicklung junger Menschen besonders gefährdet sein kann.

Das betrifft den Bereich der **sexualisierten Gewalt**. Sexualisierte Gewalt umfasst Delikte wie sexuellen Übergriff, sexuelle Nötigung, Vergewaltigung, Bedrohung oder Verbreitung kinderpornografischer Darstellungen. Die Dunkelziffer bei sexualisierter Gewalt ist besonders hoch, da viele Opfer aus Angst, Scham oder wegen der gesellschaftlichen Stigmatisierung keine Anzeige erstatten. Das Hellfeld zeigt trotz dessen eine deutliche Präsenz und Zunahme dieser Delikte.

Sexualisierte Gewalt kann auf unterschiedliche Ursachen zurückgeführt werden. Zwei Bereiche sollen hier in den Fokus genommen werden. Zum einen die Entwicklung im digitalen Raum. Dieser schafft Gelegenheiten für Ansprache und Ausbeutung bei gleichzeitig hoher Verfügbarkeit gewalttätiger Inhalte. Wenn diese aber ungefragt und in hoher Schlagzahl geteilt werden, besteht auch das Risiko, dass die Hemmschwelle für die Weiterverbreitung solche Inhalte sinkt.

Verschärft wird dieser scheinbar unbegrenzte Inhalt durch die hohe Bereitschaft von Kindern und Jugendlichen, Bilder und Videos jeglicher Art zu teilen und ist gleichzeitig auch ursächlich. In der Konsequenz stellen Jugendliche einen relevanten Teil der Tatverdächtigen dar. Ähnlich der Ursachen für Jugendgewalt resultiert das aus

- der Anonymität im Internet,
- dem fehlenden Bewusstsein für die Konsequenzen bei der Verbreitung sexualisierter Inhalte sowie der dahinterstehenden realen Situationen,
- der mangelnden Kontrolle zum einen im digitalen Raum sowie zum anderen durch Eltern und Schule sowie
- dem Mangel an digitaler Bildung.

Eltern und Schulen sind nicht ausreichend über die digitalen Aktivitäten der Jugendlichen informiert und nehmen ihre Verantwortung in der Grenzsetzung, Kontrolle, aber auch Vermittlung digitaler Kompetenzen nicht ausreichend wahr. Häufig fehlt es an der notwendigen Medienkompetenz auf allen Seiten, um einen verantwortungsbewussten Umgang mit digitalen Medien zu entwickeln.

Des Weiteren sind junge Menschen gefährdet durch die Entwicklungen im Bereich der **Hasskriminalität**. Diese umfasst Delikte wie Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung, Vortäuschung einer Straftat, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und

terroristischer Organisationen, Androhung von Straftaten, Volksverhetzung und Drohungen im Internet. Hasskriminalität ist ein Themenfeld der Politisch Motivierten Kriminalität rechts. Rechtsextremismus ist sowohl in MV als auch für den Bund das dominierende Schwerpunktthema. Das Hellfeld zeigt eine Zunahme im Bereich der (digitalen) Hasskriminalität. Das Dunkelfeld ist jedoch schwer einzuschätzen, da viele Fälle nicht gemeldet werden. Die Anonymität im Internet begünstigt die Verbreitung solcher Delikte. Bundesweit zeigt die Statistik, dass wir den höchsten Stand an Hasskriminalität seit Veröffentlichung der Zahlen im Jahr 2001 haben, für 2023 gilt: eine Zunahme von 47% im Vergleich zum Vorjahr.¹ Auch für MV wurde 2023 erneut einen Anstieg im Bereich der Hasspostings registriert. Grundsätzlich nehmen Straftaten mit dem Tatmittel Internet und politisch motivierte Straftaten unter Nennung des Tatmittels „Hassposting“ zu. Hasskriminalität in der digitalisierten Lebenswelt kann in vielen Formen auftreten:

- Hasskommentare und Verleumdung: Online-Plattformen und soziale Netzwerke werden zunehmend genutzt, um Hassbotschaften zu verbreiten.
- Politische Hetze, Desinformation und Diskriminierung: In Zeiten politischer Polarisierung nehmen in M-V Fälle zu, bei denen gezielt falsche Informationen gestreut und zur Hetze gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen aufgerufen wird.
- Cybermobbing und Bedrohungen: Auch das gezielte Bedrohen oder Belästigen von Einzelpersonen im Netz, sei es aufgrund ihrer politischen Meinung oder persönlichen Merkmale, stellt ein wachsendes Problem dar. Opfer sind häufig Schüler, Lehrer, Politiker oder öffentlich engagierte Personen.
- Doxing (Veröffentlichung persönlicher Daten als Gefahr der digitalen Identität): Die unbefugte Veröffentlichung persönlicher Informationen, um das Opfer öffentlich bloßzustellen oder zu bedrohen ist im Zusammenhang mit der Verwendung von KI mit besonderem Gefährdungspotenzial einzustufen.

Im Ergebnis zeigt sich: wir haben ein massives Problem mit digitaler Gewalt. Und das wird – im Sinne einer wirkungsorientierten und nachhaltigen Präventionsarbeit – auch für polizeiliche Maßnahmen berücksichtigt. Insofern sind die Themen Jugendgewalt/Gewalt an Schule, Sexualisierte Gewalt und (digitale) Hasskriminalität Schwerpunktthemen der polizeilichen

¹ Bundesministerium des Inneren und für Heimat, Bundeskriminalamt (2024): Bundesweite Fallzahlen 2023 Politisch Motivierte Kriminalität.

Präventionsarbeit. Insgesamt umfasst ein wesentlicher Anteil polizeilicher Präventionsbemühungen die genannten Themenbereiche.

Ziel ist es, sowohl der Betroffenheit junger Menschen – häufig mehrfach in den genannten Deliktsbereichen – entgegenzuwirken als auch sie dabei zu unterstützen, ihre Handlungen zu reflektieren und nicht zum Täter zu werden.

Hierfür müssen die jungen Menschen unterschiedliche Kompetenzen erwerben, nicht zuletzt auch im Umgang mit digitalen Medien. Was es dafür braucht, ist eine ganzheitliche Initiative auf allen Ebenen, umfassende Anstrengungen im Bereich der digitalen Bildung und Kompetenzvermittlung. Polizei ist ein Akteur und Unterstützer nicht nur im schulischen Kontext, hier aber primär. Ohne ein ganzheitliches Konzept zur Ausgestaltung präventiver Maßnahmen an Schule laufen auch die polizeilichen Maßnahmen Gefahr, als Einzelmaßnahmen zu verpuffen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

gez. Dr. Xenia Schmidt-Esse